Zitate

Die Debatte um die Umzugspläne der Bahn und die Wirtschaftspolitik des rot-roten Senats kommentierte die Presse wie folgt:

„Versager Wowereit: Wie kann man sich nur so überrollen lassen?“
Berliner Kurier

„Der Fall Bahn zeigt, wie wenig Klaus Wowereit und andere in der Spitze des Landes begreifen, was der Wirtschaftsstandort Berlin braucht.“
Tagesspiegel

„Auch ein Bahnchef Mehdorn kann nicht machen, was er will. Die Bundesregierung hat dem Vorstandsvorsitzenden des noch bundeseigenen Unternehmens deutlich die Grenzen aufgezeigt.“
Berliner Morgenpost

„Mehdorns Waterloo“
Handelsblatt

Bahnchef Hartmut Mehdorn benimmt sich wie ein Skatspieler mit gezinktem Blatt, der je nach Bedarf auf Grand oder Null umsortiert. Er will die freie Marktwirtschaft - aber bitte ohne Wettbewerb und mit viel Unterstützung durch die Staatskasse.“
tageszeitung

„Hartmut Mehdorn ist als ICE gestartet und als Kleinprofil-U-Bahn angekommen.“
Berliner Kurier

Hängt die Bahn Berlin ab?

Peter Rzepka

Der Schock über die Ankündigungder Deutschen Bahn AG, ihre Zentrale bzw. wichtige Konzernfunktionen nach Hamburg zu verlegen, sitzt bei den Berlinern noch tief.

Doch dies ist nicht das einzige Thema, mit dem das Verkehrsunternehmen in den Negativ-Schlagzeilen ist: Die verschleppte Planung der Dresdner Bahn, Stellenkürzungen bei der S-Bahn Berlin GmbH, Streitigkeiten um die Erschließungskosten für den Bahnhof Papestraße. Die Liste ließe sich fortsetzen. Leid Tragende sind in jedem Fall das Land Berlin, der Bezirk Tempelhof-Schöneberg und seine Bewohner.

Doch nicht in jedem Fall ist nur das Unternehmen Bahn AG selbst verantwortlich zu machen. Auch und gerade der Berliner Senat trägt seinen Teil der Verantwortung für die genannten Missstände: Die der S-Bahn zufließenden Regionalisierungsmittel des Bundes wären alleine in diesem Jahr um einen zweistelligen Millionenbetrag höher, wenn der Senat das Geld nicht in den Etat der BVG stecken würde. Folge ist, dass immer mehr Personal von den Bahnhöfen abgezogen wird. Ungereimtheiten bei der Ermittlung von Belastungen für die Anwohner der Dresdner Bahn lassen es bis heute alles Andere als sicher erscheinen, dass eine bürgerfreundliche Tunnellösung für Lichtenrade gefunden wird, welche die Zerschneidung des Ortsteils verhindert. Und schließlich ist bis heute nicht ausgemacht, ob Reisende am künftigen Bahnhof Südkreuz mit ihrem Gepäck nicht doch ein Hindernislauf erwartet, weil die Vorplatzgestaltung noch immer zwischen Bahn und Berlin streitig ist. Die Bahn hat sich bis heute lediglich dazu bereit erklärt, auf dem Vorplatz West für Taxi- und Bushalteplätze aufzukommen.

Der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka hat sich für das Vorankommen aller drei Projekte (Tunnellösung Dresdner Bahn, kundenfreundliche Gestaltung des Südkreuzes und ausreichendes Sicherheitspersonal auf Berliner Bahnhöfen) stets eingesetzt und erst kürzlich in diesen Angelegenheiten Bahnchef Hartmut Mehdorn angeschrieben. Er wird es nach seinem erneuten Einzug in den Deutschen Bundestag weiterhin tun. Rzepka: „Die Chancen für Berlin stehen mit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Union im Bund gut. Erste Erfolge wie die geplante Aufnahme einer Hauptstadtklausel in das Grundgesetz oder das Machtwort der Kanzlerin zum Bahn-Umzug sind erzielt. Diesen Weg werden wir fortsetzen.“

Wegner: SPD-Konzept ist Stückwerk

Nach JVC, Reemtsma oder Samsung ist die CNH Baumaschinen GmbH, ehemals O&K, das nächste Unternehmen, das ankündigt, massiv Industriearbeitsplätze in Berlin abzubauen.

Zusammen mit dem Spandauer Bürgermeister Konrad Birkholz (CDU) demonstrierte der Spandauer CDU-Bundestagsabgeordnete Kai Wegner mit der Belegschaft für den Erhalt der 590 Arbeitsplätze am Standort Berlin-Spandau. Dort rechnet man mit dem Verlust von tausenden Arbeitsplätzen innerhalb weniger Monate. Dass der rot-rote Senat daran nicht unschuldig ist, davon ist Wegner überzeugt. Es werde zwar immer von einer „aktiven Unterstützung“ der Industrie gesprochen, was Berlin benötige, seien allerdings keine wirtschaftpolitischen Schnellschüsse, sondern vielmehr ein stringentes und handfestes industriepolitisches Konzept, sagt Wegner. Als „Stückwerk ohne klaren politischen Willen und zu wenig konkret“ kritisiert der Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie den aktuellen Leitantrag zur Wirtschaftspolitik der Berliner SPD. Das Papier stehe symptomatisch für die Stellung der Industriepolitik bei Rot-Rot. Natürlich sei es auch wichtig, neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu fördern, allerdings dürfe man dabei nicht den Erhalt bereits bestehender (Industrie-)Arbeitsplätze aus den Augen verlieren. Denn eines sei unbestreitbar: „Dienstleistungen können als tragende Säule einer regionalen Wirtschaftsstruktur nicht ohne Industrie bestehen.“

Gemeinsam gegen die Schließung von CNH: Kai Wegner (sprechend), der Spandauer Bezirksbürgermeister Konrad Birkholz (2.v.r.), CNH-Betriebsratsvors. Christian Fromm (2.v.l.) und Luis Sergio, Gewerkschaftssekretär der IG Metall.

Anzeige

Tel.: 030 - 29 33 94 -0 • Fax: 030 - 29 33 94 -11

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte, sofern nicht gesondert ausgewiesen:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 -0 • Fax: 030 - 20 64 16 -66

CHEFREDAKTEUR
Dirk Reitze

REDAKTION
Stefan Sukale

BILDNACHWEIS
VON OBEN LINKS NACH UNTEN RECHTS
S.1: Reitze; Privat; Chaperon; S.2: Lüders; CDU; Reitze; S.3: Reitze; 2 x Privat; CDU; S.4: Lüders; Thiedemann; Privat; Reitze; Lüders; S.5: Lüders; Istock; Lüders; Istock; Lüders; S.6: Privat; Reitze; DB AG; Berliner Partner; Privat; Kruppa; Lüders; Privat; S. 8: Reitze

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Druckerei Vetters, Radeburg

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.